

teil werden kann; b) zur vorübergehenden Verwahrung derjenigen Geisteskranken, deren Unterbringung in Landesanstalten vorbereitet wird und die bis zur Entscheidung der Aufnahmegenehmigung von den Gemeinden in sichere Verwahrung zu bringen sind. Ausnahme und Unterkunft finden zunächst solche Personen, die ihren Unterbringungswohnsitz in einem Ortsarmenverband des dortigen amtschulmännlichen Bezirks haben oder deren Unterbringung durch eine Polizeibehörde oder einen Ortsarmenverband dieses Bezirks erfolgt; es werden aber auch, soweit Raum vorhanden ist, Kranke von auswärts aufgenommen. Die Höhe der Verpflegungsbeiträge beträgt: 50 Pf., wenn die Unterbringung von einem endgültig unterhaltungsspflichtigen Ortsarmenverbande des Bezirks Borna erfolgt; 1 M. für Personen, die in einem Ortsarmenverbande des Bezirks Borna ihren Unterbringungswohnsitz haben und nicht auf Kosten dieses Ortsarmenverbands untergebracht werden; 1 M. für Landarme, die von einem Ortsarmenverbande des Bezirks Borna untergebracht werden; 2 M. für Personen, die von einem Ortsarmenverbande außerhalb des Bezirks Borna untergebracht werden, 2,50 M. für Personen, die ihren Unterbringungswohnsitz in einem Ortsarmenverbande außerhalb des Bezirks Borna haben und nicht auf Kosten dieses Ortsarmenverbands untergebracht werden, 3 M. für Personen, die auf eine gesonderte Verpflegung (Einzel- schlafraum) Anspruch machen. In besonderen Fällen kann mit Genehmigung des Bezirksausschusses eine Ermäßigung der vorstehenden Sätze bewilligt werden. Die Geisteskrankenabteilung, die Platz zur Aufnahme von 26 bis 30 Pfleglingen bietet und mit ihren lichten, freundlich ausgestatteten Räumen einen recht wohlthätigen Eindruck macht, ist in allen ihren Teilen nach modernen Grundsätzen eingerichtet worden. Sie enthält eine mit 24 Betten ausgestattete, gut gelüftete Abteilung, an die sich drei Isolierzimmer für besonders unruhige Kranke anschließen, einen großen Tagesraum für die Pfleger, die sich außer Bett befinden, eine geräumige, mit Glasverglasung versehene Veranda, die auch Platz zur Aufstellung von Betten bietet, einen Waschküchen und Badraum mit Einrichtungen zur Verabreichung von Dauerbädern, zwei Privatbaderäume, ein Kratzzimmer, zwei Pflegerzimmer, eine Zerküche und eine Anzahl von Nebenräumen. Die Kranken sollen, so weit es ihr Zustand erlaubt, mit Gartenarbeiten oder mit Stroßarbeiten und Besenbinden oder anderen leichten Arbeiten in der Regel innerhalb der Anstalt, in besonders geeigneten Fällen aber auch außerhalb derselben beschäftigt werden.

### Deutsches Reich.

#### Der Kaiser.

(Bos. Ztg.) Cassel, 19. April. Se Majestät der Kaiser wird auch in diesem Frühjahr der Gräfin Görz'schen Familie in Schloß bei Fulda einen mehrtägigen Besuch abstatten. Als Tag der Ankunft ist der 4. Mai in Aussicht genommen worden.

#### Zur Reform des hessischen Wahlrechts.

Die „Frankf. Ztg.“ meldet aus Darmstadt, die hessische Regierung werde in den nächsten Tagen den Ständen einen abgeänderten Wahlrechtsentwurf vorlegen, der wieder das direkte Wahlrecht bringen werde.

### Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 19. April.

Am Bundesratliche Staatssekretär des Reichsamt des Innern Dr. Graf v. Posadowsky-Wehner.  
Zunächst wird dem Bericht der Geschäftsordnungskommission zufolge die Genehmigung zur Straßerverordnung des Abg. Hilpert (b. l. Fr.) wegen Verleumdung des Volksschullehrers Deininger nicht erteilt.

In fortgesetzter Beratung des Etats für das Reichsamt des Innern wird über den Titel 21 (Ausbau der Hofkönigsburg 100 000 M.) abgestimmt.

Der Titel wird in einfacher Abstimmung gegen die Stimmen desentrums, der Polen und der Sozialdemokraten bewilligt.

Beim Titel 120 000 M. zur Bekämpfung der Tuberkulose (Abg. Guno (fr. Sp.)), auch Reichsmittel zur Erforschung der Genesenskur im Extraordinarium einzusetzen.

Bei der Position 20 000 M. für Forschungen zur Reblausbekämpfung (Abg. v. Bismarck) führt

Abg. v. Bismarck (fr. Sp.) aus, daß die Gefahr der Vermehrung der Weinberge durch die Reblaus in Elsaß-Lothringen besonders groß ist. Redner bittet um Erhöhung dieses Fonds, da er keineswegs ausreicht, um das Ausrottungsverfahren erfolgreich durchzuführen.

Abg. Dr. Hantkenhorn (nl.) tritt ebenfalls für die möglichst scharfe Bekämpfung der Reblausgefahr und für Bewilligung der hier geforderten Mittel ein.

Staatssekretär Dr. Graf v. Posadowsky-Wehner führt aus, die Reblausbekämpfung sei eine äußerst wichtige Aufgabe. Der Redner habe erklärt, man solle gegen die Reblaus nicht gewaltsam vorgehen. Er (Posadowsky) befürchte, daß sie durch die Hartnäckigkeit der Verehrten des Reichstags auch nicht verschwinde. (Lachen.) Die Ursache in Elsaß-Lothringen hätten sich nicht so rasch gebildet, wenn man überall rechtzeitig und nachdrücklich vorgegangen wäre. (Sehr richtig.) Es sei angeraten, das Beispiel der Schweiz, Österreich-Ungarns und Frankreichs nachzuahmen, wo man die Erneuerung der Weinberge mit der amerikanischen Rebe erfolgreich durchführte. Es gebe kein Land, das so verschiedenartige und solche Qualitätsweine erzeuge wie das Deutsche Reich. Es dauere aber sehr lange, bis die Reblaus auf der Grundlage der amerikanischen Rebe verdrängt und dem Gehalt des ursprünglichen Weines sich wieder nähert. Die Bundesländer hätten unter dem Drange der Verhältnisse und nur ungern sich entschlossen, das Ausrottungsverfahren um Weg aufzugeben; aber auf die Herstellung eines Sicherheitsnetzes hätten sie nicht verzichtet. Wenn man das Verfahren für ganz Elsaß-Lothringen preisgibt, so werde die Gefahr der Ausbreitung des Schenkerhebes auf die Rheinprovinz, die bayerische Pfalz und Baden ganz erheblich größer. In der Rheinprovinz sei der Kampf gegen die Reblaus erfolgreich geführt worden; der Bundesrat und die preussische Regierung seien der Ansicht, daß die Anlage einer neutralen Zone zwischen dem verdrängten Elsaß-Lothringen und der Rheinprovinz sehr notwendig und nützlich sei, und wenn der Reichstag und der Bundesrat solche Entscheidung getroffen habe, so sei die elassische Regierung verpflichtet, ihr Folge zu leisten.

Der Rest des ordentlichen Etats wird bewilligt.  
Beim „Außerordentlichen Etat“, der zur Förderung der Herstellung geeigneter Kleinwohnungen für Arbeiter und uniere Beamten 4 Mill. M. verlangt, führt auf Anregung des Abg. Dr. Jaeger (3)

Staatssekretär Dr. Graf v. Posadowsky-Wehner aus, es sei kein Bedenken, namentlich in den Industriezentren, die mittleren und unieren Volksklassen mit gefunden und angemessenen Wohnungen zu versorgen. Er halte es darum für richtig, zunächst die lokalen Behörden anzugehen, Grund und Boden in Erbpacht zu geben, um dem einzelnen zu ermöglichen, sich eine eigene Scholle zu erwerben. Das sei für die Kommunen wie auch für die großen Versicherungsgesellschaften eine außerordentlich günstige Kapitalanlage, ohne daß sie das freie Verfügungsrecht einbüßten. In Erwägung zu ziehen wäre die Frage, ob das Erbbaurecht nicht auch im Bürgerlichen Gesetzbuch festgelegt werden könne. Die vielen kleinen Wohnhäuser in London, die ganz in der Nähe von Verkehrsknoten liegen, seien nur möglich gewesen, weil England schon seit Jahrhunderten das Erbbaurecht kenne. Einer ungesunden Grundstücks speculation werde so entgegen gewirkt. (Beifall.)

Abg. v. Bismarck (Soj.) weist auf die außerordentlich hohen Wohnungspreise im Westen und die ganz unzulänglichen Arbeiterwohnungen im Osten des Reiches hin.

Abg. Singer (Soj.) meint, der Staatssekretär solle vor allem in Preußen darauf hinwirken, daß den Gemeinden, namentlich Berlin, die Möglichkeit, eine soziale Wohnungspolitik zu treiben, erleichtert werde. Die Behörden hielten jetzt auf Schritt und Tritt auf politischen Gründen eine verhasste Inkomunalisierungspolitik und arbeiteten dem Bestreben entgegen, den Gemeindefiskus zu artionieren. Ein weiteres großes Hindernis sei das veraltete Privileg der Hausbesitzer, in der Gemeindevertretung mindestens die Hälfte der Mandate innezuhaben. Dieses Privileg der Selbstordnung müsse beseitigt werden.

Nach weiteren Bemerkungen des Abg. Dr. Pfundtner (fr. Sp.) wird der außerordentliche Etat bewilligt.

Die Kommission beantragt eine Resolution, worin die Aufbesserung der Gehälter der Reichsbeamten und die Gleichstellung mehrerer Beamtenkategorien gefordert wird.

Unterstaatssekretär Zwele tritt der Resolution entgegen, da sie aus budgettechnischen Gründen undurchführbar sei; außerdem ergebe sie verschiedene Ungleichheiten.

Die Resolution wird angenommen.

Damit ist der Etat für das Reichsamt des Innern in zweiter Lesung genehmigt.

Bei der Beratung des zweiten Ergänzungsetats und des Etats für die Schutzgebiete erklärt

Kolonialdirektor Dernburg, dieser Etat solle eine Entschädigung an die Farmer und Ansiedler im Gebiete des Perero- und des Potentotenaufstandes bieten zum Wiederaufbau ihrer Ansiedlungen und zum Ankauf von Vieh. Man sei insofern der in Preußen gemachten Erfahrungen davon abgesehen, die Entschädigung in die Form von Darlehen zu kleiden. Die Rückzahlung würde über große Schwierigkeiten und Unannehmlichkeiten bereiten. Redner empfiehlt die Genehmigung dieser Summe, wodurch der Patriotismus der Betroffenen gefördert würde. Dadurch werde man auch der schwer gepöbelten den Dank abzahlen, die nicht nur den Verlust von Hab und Gut, sondern auch mancher Familienangehöriger zu beklagen haben. (Beifall.)

Abg. Dr. Spahn (3.) beantragt Überweisung der Vorlage an die Budgetkommission, da er die Mittelungen der Denkschrift der Nachprüfung für bedürftig erachte. Eine Verpflichtung des Reiches zu einer vollen Entschädigung erkenne er nicht an, zumal es sich nicht nur um Farmer, sondern auch um Kleinrentner handele. Die Budgetkommission sollte nochmals erwägen, ob nicht die Entschädigungen in Form von Darlehen gewährt werden sollten.

Abg. v. Richtofen-Damsdorf (kon.) schließt sich dem Antrag auf Kommissionsberatung an, hält aber an dem Standpunkt fest, daß die Farmer eine Unterstüzung bekommen müssen, daß die ganze Summe bewilligt werde; es handle sich hier um eine nationale Angelegenheit. (Beifall rechts.)

Gouverneur Lindequist führt aus, glücklicherweise sei der Aufstand soweit niedergeschlagen worden, daß der Wirtschaftsbetrieb wieder aufgenommen werden konnte. Mit den vom Reichstag schon früher bewilligten 2 Mill. und später dann noch 3 Mill. M. sei ein allgemeiner Konturs in den Kolonien abgewendet worden. Wenn behauptet worden sei, die dortigen Kaufleute hätten durch den Feldzug verdient, so sei dies nur bedingt zuzugestehen, denn höchstens sei dies an der Küste der Fall gewesen, aber auch da handle es sich keineswegs um einen großen Gewinn. Die Farmer, die vielfach alles verloren hätten, müßten wieder in die Lage gesetzt werden, den Wirtschaftsbetrieb mit geringen Mitteln aufzunehmen. Die Farmer hätten bei dem Ausbruch des Aufstands die Farmen verlassen müssen, die dann verwastet worden seien. Es sei kein Zweifel, daß Stationen, wie Windhut und Olahnaja nicht hätten gehalten werden können, wenn nicht die Farmer zu den Waffen gerollt wären. Das Schutzgebiet liege arg danieder; es blühe noch aus tausend Wunden. Namentlich fehle es an Geld, das reichlich gegeben werden müsse und das voll und ganz dem Schutzgebiete und damit dem Reiche wieder zugute komme. Eine größere Zahl junger Männer, die nicht unermüdend sind, seien jetzt in die Kolonien hinausgegangen, zunächst um das dortige Wirtschaftstreiben zu studieren und später sich anzusetzen. Einsteilen seien sie auf der Regierungfarm Neu-Damm untergebracht worden. Man müsse aber sorgen, daß die alten Farmer als Lehrmeister erhalten bleiben und zwar in besseren Verhältnissen. Das Reich sei insofern schuld an dem Aufstande, als die Stärke der Schutztruppe von 700 Mann nicht ausreichte, die Farmer zu schützen. Deshalb sollten der Reichstag und das Kaiserland möglichst wohlwollend die Farmer behandeln und ihnen anstatt der Darlehen Unterstüzung gewähren. Als damaliger Generalkonsul in Kapstadt habe er beim Burenkrieg eine Entschädigung der deutschen Ansiedler auch durchgesetzt, die auch in gegenwärtiger Sache erfolgt sei. Der Reichstag werde durch Bewilligung dieser 7 1/2 Mill. M. das Werk fröhnen und die Kolonie wieder in den Sattel heben. (Beifall.)

Abg. Bebel (Soj.) meint, der Redner habe seine Pflicht erfüllt und sich seiner Schulpflichten angenommen; er habe aber zu sehr als Gouverneur von Südafrika gesprochen. Bewillige man diese Unterstüzung, dann müsse man künftig notwendigerweise die Konsequenzen ziehen; die würden im Falle eines Krieges in der Heimat zu ganz enormen Opfern führen. Wenn die Engländer nach dem Burenkrieg 60 Mill. an Entschädigung gahlten, so sei die hier geforderte Summe verhältnismäßig außerordentlich viel größer. Seine Partei lehne die Forderung ab, weil, wie aus der Denkschrift hervorgehe, für die Vermehrung oder Vergrößerung nicht die Bedürftigkeit des Ansiedlers, sondern die Erwerbung über den Wert oder den Wert der Kolonien an sich entscheidend sei.

Abg. Dr. Semmler (nl.) tritt für eine volle Entschädigung der Farmer ein; werde diese nicht gewährt, so sei eine Krise unvermeidlich.

Abg. Kopsch (fr. Sp.) legt dar, die hier beantragte Freigebigkeit würde auf Kosten der deutschen Steuerzahler erfolgen; auch seine Freunde stimmten dem Antrage auf Kommissionsberatung zu. Er werde in wohlwollender Prüfung den Farmern entgegenkommen. Über Saldoforderungen dürfe man die eigenen Staatsbürger und Steuerzahler im Lande nicht vergessen. Eine nationale Frage könne er in dieser Materie nicht erkennen. (Beifall links.)

Abg. Herzog (wirtsch. Bg.) spricht die Zustimmung seiner Partei zu der Forderung aus.

Abg. v. Liebert (Rp.) legt seinen Standpunkt dar, daß der Reichstag die moralische Verpflichtung habe, den Ansiedlern den Schaden voll zu ersetzen. Redner spricht seine Freude darüber aus, daß Dr. Spahn im Prinzip sich zustimmend erklärt, ebenso daß Bebel sein Urteil über die Kolonien weitestgehend revidiert habe.

Damit schließt die Debatte.  
Die Vorlage geht an die Budgetkommission.

Präsident Graf zu Stolberg will zum nächsten Punkt der Tagesordnung übergehen.

Abg. Bebel (Soj.) beantragt jedoch Vertagung; die langen Sitzungen ermüdeten die Abgeordneten zu sehr, ebenso die Journale, die Stenographen und Beamten, und beizuzüglichen die Sachlichkeit der Beratungen.

Der Präsident schließt sich dem Antrag an.  
Nächste Sitzung morgen vormittag 11 Uhr: Etat der Justizverwaltung und kleine Vorlagen.

Schluß nach 6 Uhr.

\* Wie eine Berliner Korrespondenz erklärt, scheint es so gut wie sicher zu sein, daß der Reichstag zwei Tage vor Pfingsten bis zum Herbst vertagt wird. Man ist übereingekommen, bis dahin noch den Etat, die Ergänzungsetats, die Reichsstaatsbudgetvorlage und die Reichs-Ostsee-Kanal-Vorlage zu verabschieden und von einigen anderen Gesetzen, die dem Reichstage demnächst zugehen werden, darunter Reichsstaatsbeamtenpensionsgesetz, Versicherungs- vertragsentwurf, die ersten Urzungen zu beenden. Der Rest bleibt für den Herbst aufspart.

### Kolonialpolitisches.

(B. Z. B.) Berlin, 19. April. Im Bezirk Kriebi (Kamerun) ist jüngst eine durch Krutzungen aus Monrovia eingeschleppte kleine Epidemie von Genickstarre aufgetreten. Es handelt sich um etwa 20 Fälle, von denen ein größerer Teil tödlich verlief. Nach einem späteren vom 6. März datierten amtlichen Bericht scheint jedoch die Epidemie bereits wieder erloschen zu sein.

### Ausland.

#### Zum Besuche des Kaisers Franz Joseph in Prag.

(B. Z. B.) Prag, 19. April. Kaiser Franz Joseph fuhr heute nachmittag unter kühnlichen Kundgebungen der Bevölkerung zum tschecho-slawischen Ethnographischen Museum, wo ihn die Vertreter der Gemeinde- und Bezirks-Verwaltung von Smichow begrüßten. Nach Besichtigung des Museums begab sich der Kaiser im Wagen zu der Erziehungsanstalt der Ordensschwwestern vom heiligsten Herzen Jesu. Die Bglinge begrüßten den Kaiser, der sich im Empfangssaal auf dem Thronesseln niederließ, mit der Volkshymne. Nachdem er sich verabschiedet hatte, fuhr der Kaiser zum Kaiser Franz Josephshafen und von dort zur Hofburg zurück.

In Prag erschien, wie dem „Beil. Vokalang.“ aus Wien berichtet wird, gestern bei dem Ministerpräsidenten Frhn v. Beck eine Deputation der hervorragenden deutschen Vereine Prags, geführt von dem früheren Abg. Dr. Eppinger, der als Sprecher auf den Zustand der Reichslosigkeit hinwies, dem die Deutschen in Prag ausgesetzt sind. Auch wurde der Freier bei der Schluffeinlegung der neuen Brücke gedacht, wo sowohl der Bürgermeister als auch der Kaiser nur tschechisch sprachen. Frhn v. Beck sagte, er könne versichern, daß der Vorfall nur auf einem Versehen beruhe und keinerlei politische Bedeutung habe. Die Deputation wies auf zahlreiche Beschwerden hin, welche die Deutschen auf allen kommunalen Gebieten hätten, auf die Einsprachigkeit der Straßentafeln und des Prager Straßenbahnverkehrs, auf das Vorgehen des Prager Bezirks- schultats und des Stadtrats in der Angelegenheit der Gewährung von Spielplätzen für die deutsche Jugend, die den Deutschen verweigert, den tschechischen Kindern aber ohne weiteres zur Verfügung gestellt wurden. Außerdem wurde Klage geführt, daß seitens der tschechischen Presse gegen die Deutschen ohne jeden Anlaß gehetzt werde. Die Deutschen würden angegriffen, weil sie in Prag Wahlkandidaten aufgestellt hätten, sie würden den heftigsten Angriffen ausgesetzt, als seitens des deutschen Kassinos der Beschluß gefaßt wurde, ein neues Kasino für ein deutsches Heim in Prag zu errichten. Der Ministerpräsident erklärte, daß ihm einige dieser Beschwerden bekannt seien, daß er aber eine alle Beteiligten befriedigende Lösung, zu der die Regierung im Rahmen des Gesetzes beizutragen bereit sei, mit großer Befriedigung begrüßen werde.

#### Zu den Ausgleichsverhandlungen zwischen Österreich und Ungarn.

(B. Z. B.) Budapest, 19. April. Der Ausschuss des Abgeordneten- hauses nahm un verändert den selbständigen ungarischen Zolltariff an. Im Debatteause erklärte Kossuth, die Annahme des selbständigen Zolltariffs sei die Vorbedingung für die Annahme der auswärtigen Handelsverträge. Der Tarif sei kein Dissen- schuß gegen Österreich.

#### Der neue italienische Finanzminister.

(B. Z. B.) Rom, 19. April. Der Ministerrat hat beschlossen, dem König die Ernennung des Deputierten Lacasa zum Finanzminister vorzuschlagen.

#### Zur Angelegenheit des Monsignore Montagnini.

(Meldung der Agence Havas.) Paris, 19. April. In der Angelegenheit der Montagnini-Papiere hat die Subkommission heute nachmittag mit der Unteruchung begonnen. Nach den Mitteilungen eines Kommissionsmitglieds dürfte durch einzelne Aktenstücke klargestellt werden, daß die Puntiatour ein regelrechtes System von Angebestellen durchgeführt hatte, besonders mit Bezug auf gewisse Offiziere.

#### Besuch des Königs von Dänemark in England.

(B. Z. B.) London, 19. April. Der König von Dänemark, der vor kurzem zum Ehrenoberst des ersten Bataillons des East Kent Regiments ernannt worden ist, wird im Mai in Dover erwartet, wo er den Besuch der Offizierdeputation des Regiments erwidern wird. Der König wird das erste und dritte Bataillon des Regiments, ferner das erste Volunteer-Bataillon und die Offizierschule besichtigen.

#### Von der russischen Reichsduma.

(Meldung der St. Petersburger Telegraphenagentur.)

St. Petersburg, 19. April. Zur Verhandlung fanden heute verschiedene Interpellationen, darunter eine über Verhandlungen im Gefängnis von Katal. Bei der Beratung dieser Interpellation erklärten die sozialistischen Abgeordneten, daß sie für die Interpellation stimmen würden, um zu zeigen, daß die Duma mit dem Volke gegen die Regierung sei. Die Redner der Rechten, besonders Graf Bobrinski, erklärten, daß sie ebenfalls für die Interpellation stimmen würden, aber wegen der Ungefährlichkeit der von der Gefängnisverwaltung begangenen Akte, nicht wegen der von den Sozialisten dargelegten revolutionären Gründe. Graf Bobrinski protestierte gegen die Verherrlichung politischer Mörder und erinnerte daran, daß in der französischen Kammer Minister Vidon nicht gestattet habe, daß man von der Ermordung des Großfürsten Sergius als von einer Hinrichtung sprach, sondern diese Tat einen abscheulichen Mord nannte. Die Interpellation fand einstimmige Zustimmung. Die Beratung über einen Antrag, den Unwillen der Duma über die politischen Verbrechen aus- zudrücken, wurde auf die nächste Sitzung verschoben. Bei der dann folgenden Besprechung des Antrags auf Ungültigerklärung der Wahlen im Gouvernement Tambow kam es zu einigen Zwischenfällen. Roditschew griff in heftigen Ausdrücken die Regierung an, die er der Wahlfälschung beschuldigte. Nach einer erregten Debatte beschloß die Duma, die Wahlen für gültig zu erklären. Die Mehrzahl der in Betracht kommenden Abgeordneten gehört der Linken an. Präsident Solowin verlas sodann Proteste der Budgetkommission gegen die Haltung des Ministerrats, der sich weigert, der Kommission verschiedene Aktenstücke vorzulegen, die sich auf die interne Geschäftsführung der Ministerien bei der Aufstellung ihrer Budgets beziehen. Die Kommission weist in ihrem Protest hin auf die Auf- lassungen des Ministerpräsidenten Stolypin über den Wunsch